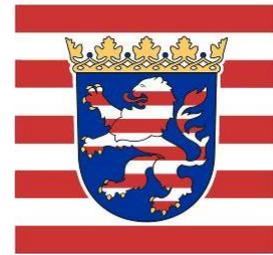




HESSEN



Bericht aus Brüssel

01/2024 vom 12.01.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	5
Energie.....	6
Digital.....	7
Forschung.....	8
Finanzen.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	9
Umwelt.....	10
Landwirtschaft.....	11
Justiz.....	12
Inneres.....	14
Veranstaltungen.....	16
Vorschau.....	18

Institutionelles

ER; Präsident Charles Michel

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, kündigte am 06.01.2024 an, er werde bei der anstehenden Europawahl antreten und wolle in das EP einziehen. Das bedeute, dass er im Falle seiner Wahl sein Amt als Präsident des Europäischen Rates abgebe. Bei der Europawahl am 09.06.2024 werde der 48-Jährige die Liste der liberalen belgischen Partei, Mouvement Réformateur (MR), anführen. Nach den Wahlen zum EP könnten die EU-Staats- und Regierungschefs dann laut Michel, Ende Juni, Anfang Juli, über eine Nachfolge für den Posten des Präsidenten des Europäischen Rates beraten. Bis zur Vereidigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments, die für den 16.07.2024 geplant sei, wolle er das Amt weiter ausführen.
<https://www.consilium.europa.eu/de/european-council/president/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Makrofinanzhilfe für die Ukraine

Im Rahmen der Makrofinanzhilfe (MFA+) für die Ukraine hat die Kommission am 21.12.2023 die letzte Tranche in Höhe von 1,5 Mrd. EUR an die Ukraine ausgezahlt. Die Ukraine hat damit 2023 insgesamt 18 Mrd. EUR erhalten. Damit konnte die EU der Ukraine vor allem dabei helfen, ihren unmittelbaren Finanzierungsbedarf zu decken. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, da die Ukraine nach wie vor mit dem brutalen Angriffskrieg Russlands konfrontiert sei, müsse die EU die Ukraine weiterhin unterstützen, um ihre wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten, Reformen durchzuführen und das Land wiederaufzubauen. Deshalb arbeite man intensiv an einer Einigung zu dem Kommissionsvorschlag von 50 Mrd. EUR für die Ukraine im Zeitraum bis 2027.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/abschlusszahlung-fur-2023-15-mrd-euro-makrofinanzhilfe-fur-die-ukraine-2023-12-21_de

Kommission; Hilfspaket für Palästina

Die Kommission hat am 22.12.2023 ein Hilfspaket von 118,4 Mio. EUR für die Palästinensische Autonomie-Behörde angenommen. Das Geld soll sie unterstützen, u.a. für Gehälter und Pensionen von Beamten, Sozialleistungen für Schutzbedürftige und medizinische Überweisungen an die Krankenhäuser in Ostjerusalem. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verwies in dem Rahmen auf die besorgniserregende Lage im Gazastreifen und im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem. Dieses Paket soll laut Kommission zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität in Gaza und im Westjordanland beitragen, sobald es die Bedingungen vor Ort zulassen. Es sei Teil der umfassenderen internationalen Bemühungen um die Wiederherstellung einer Zweistaatenlösung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6745

Kommission; Dieseldumping-Untersuchung gegen China

Die Kommission hat am 20.12.2023 eine Antidumping-Untersuchung gegen Biodieselimporte aus China eingeleitet. Wenn sich das Dumping bestätigt und sich herausstellt, dass es den EU-Herstellern schade, kann die Kommission Maßnahmen einführen, um die Auswirkungen des unfairen Handels zu beheben. Die Einleitung der Antidumpinguntersuchung basiert auf einer Beschwerde von EU-Biodieselherstellern. EU-Hersteller haben Beweise dafür vorgelegt, dass Biodieselimporte aus China zu künstlich niedrigen Preisen in die EU gelangen, und behaupten, dass diese Importe ihnen ernsthaften Schaden zufügten, da sie mit solch niedrigen Preisen nicht konkurrieren könnten.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C_202301574

EuGH; Abweisung der UPS-Schadensersatzklage gegen die Kommission

Am 21.12.2023 hat der EuGH in der Rechtssache C-297/22 P die vom Kurier-Dienstleister UPS eingelegten Rechtsmittel beim EuGH gegen das Urteil des EuG vom 23.02.2023 abgewiesen. Hintergrund der Klage ist, dass 2013 der Zusammenschluss von UPS und TNT seitens der Kommission als für den Binnenmarkt nicht vereinbar erklärt und der Zusammenschluss damit untersagt wurde. UPS erklärte daraufhin öffentlich, dass sie auf die Übernahme von TNT verzichten würde. Gleichzeitig hat UPS jedoch auch gegen die Kommissionsentscheidung geklagt und bekam beim EuGH bezüglich der Rechtswidrigkeit des Beschlusses der Kommission am 07.03.2017 Recht. 2017 klagte UPS erneut gegen die Kommission wegen Schadensersatz, den sie aufgrund der Rechtswidrigkeit des Unvereinbarkeitsbeschlusses von 2013 erlitten haben soll. Die Schäden umfassen das vertragliche Reugeld, welches UPS an TNT zahlen musste, und die entgangenen Gewinne, die aufgrund der fehlgeschlagenen Zusammenschließung dem Unternehmen entgangen sind. Der EuGH urteilte, dass ein freiwillig vertraglich vereinbartes Reugeld nicht die entscheidende Ursache für einen Schaden sein könne, der durch Rechtsverstöße der Kommission bei ihrem Übernahmeverbot entstanden sei. Der EuGH stellte zudem fest, dass UPS dadurch, dass sie die Umstände der Beendigung des Fusionsvertrags mit TNT bestreitet, die Tatsachenwürdigung infrage stellt. Die Infragestellung von Tatsachenfestlegungen ist, außer in Fällen von Tatsachenverfälschung, in einem Rechtsmittelverfahren nicht zulässig.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-297/22>

Eurostat; Anstieg der jährlichen Inflation im Euroraum auf 2,9%

Nach einer am 05.01.2024 veröffentlichten Einschätzung von Eurostat wird die jährliche Inflation im Euroraum im Dezember 2023 auf 2,9% geschätzt. Im November 2023 lag die jährliche Inflation noch bei 2,4%. Es wird im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation erwartet, dass Dienstleistungen eine Inflation von 4% (November: 4%), Industriegüter ohne Energie eine Inflation von 2,5% (November: 2,9%) und Energie eine Inflation von -6,7% (November: -11,5%) aufweist.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/18261481/2-05012024-AP-DE.pdf/f5ee5876-de01-660e-c714-c60fadad34ae>

Eurostat; Senkung der Erzeugerpreise der Industrie in der EU um 0,2%

Laut Schätzungen von Eurostat am 05.01.2024 sanken die Erzeugerpreise im November 2023 in der Industrie gegenüber Oktober 2023 im Euroraum um 0,3% und in der EU um 0,2%. Verglichen mit den Erzeugerpreisen vom Jahr 2022 sanken die Erzeugerpreise der Industrie sogar um 8,8%, im Euroraum um 8,1%. Dabei sanken spezifisch die Erzeugerpreise in der Industrie für Vorleistungsgüter um 0,4%, für

Energie um 0,3% und sowohl für Investitionsgüter als auch für Gebrauchsgüter um 0,2%, während die Preise für Verbrauchsgüter unverändert blieben. Den stärksten monatlichen Rückgang der Erzeugerpreise in der Industrie wurde in der SLO (-3,0%) verzeichnet. In DEU liegt der Rückgang bei -0,5%.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/18261478/4-05012024-BP-DE.pdf/5b24a40a-bbce-e7ec-f807-2ea8c1a0ba4b>

Rat; Partielle Einigung auf Verhandlungsmandat für die Verordnung zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“

Die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) haben sich am 10.01.2024 auf ein partielles Verhandlungsmandat bezüglich der Aufnahme von Verhandlungen mit dem EP über den Verordnungsvorschlag zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) geeinigt. In seinem Mandat stellt der Rat Ziele und Anwendungsbereich der STEP Verordnung klar und bestätigt seine Unterstützung für das vorgeschlagene Souveränitätssiegel und das Souveränitätsportal für STEP-bezogene Investitionen. Um die Nutzung verfügbarer Finanzmittel zu erleichtern und Synergien zwischen den Finanzierungsinstrumenten für Investitionen in kritische Technologien zu schaffen, unterstützt der Rat die Ermittlung von Ressourcen, die die STEP-Ziele im Rahmen einer Reihe bestehender EU-Programme und -Fonds unterstützen würden, darunter u.a. InvestEU, Horizont Europa, der Europäische Verteidigungsfonds, der Innovationsfonds und die Aufbau- und Resilienz-Fazilität sowie die kohäsionspolitischen Fonds. Der Rat stimmt ferner u.a. dem Vorschlag der Kommission zu, im Programmplanungszeitraum 2021-2027 für kohäsionspolitische Fonds einen Kofinanzierungssatz von 100% und eine einmalige Vorfinanzierung von 30% für STEP-Prioritäten anzuwenden. Zudem einigte sich der Rat u.a. auf eine erweiterte Möglichkeit zur Förderung von Großunternehmen im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, in weniger entwickelten und Übergangsregionen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5241-2024-REV-1/en/pdf>

V e r k e h r

Kommission; DEU zur vollständigen Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften über den einheitlichen europäischen Eisenbahnraum aufgefordert

Die Kommission beschloss am 21.12.2023 ein ergänzendes Aufforderungsschreiben an DEU zu richten, weil EU-Vorschriften über den einheitlichen europäischen Eisenbahnraum nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden. Am 10.10.2019 wurde DEU bereits ein erstes Aufforderungsschreiben übermittelt. Zwar hat DEU nach Auffassung der Kommission einige der im Aufforderungsschreiben vom 10.10.2019 angesprochenen Mängel behoben, bei der aktuellen Prüfung der von DEU neu notifizierten Rechtsvorschriften durch die Kommission wurden jedoch zusätzliche Bedenken von der Kommission aufgeworfen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_23_6211

EuGH; Abweisung der Klage der Kommission gegen DNK hinsichtlich der maximalen Parkzeit auf Autobahnparkplätzen

Der EuGH hat am 21.12.2023 die Klage der Kommission in der Rechtssache C-167/22 gegen DNK abgewiesen. Mit der Klage beabsichtigte die Kommission, die Abschaffung der seitens DNK 2018 eingeführten Höchstparkdauer von 25 Stunden im dänischen Autobahnnetz zu erreichen. Die Kommission war der Meinung, dass die Begrenzung der Parkdauer den durch EU-Recht garantierten freien Dienstleistungsverkehr

einschränke, da es insbesondere ausländische Verkehrsunternehmer benachteilige, die, anders als lokale Unternehmen, keine Betriebstätten vor Ort hätten und somit auf die Parkplätze stärker angewiesen seien. Obwohl der EuGH der Argumentation der Kommission zustimmte, dass ausländische Verkehrsteilnehmer in der Tat durch die Regelung benachteiligt würden, wurde die Klage abgewiesen. Die Kommission habe es versäumt, objektive Daten diesbezüglich zu liefern, die eine wirkliche Benachteiligung bestätigten. Ohne objektive Daten beruhe die Klage der Kommission nur auf Vermutungen, die für eine Klage nicht ausreichend seien.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-167/22>

EuGH; Abweisung der Klage von Wizz Air gegen die rumänische Beihilfe für die Fluggesellschaft TAROM

Der EuGH hat am 11.01.2024 in der Rechtsmittelsache C-440/22 P das eingelegte Rechtsmittel von Wizz Air gegen die Beihilfemaßnahmen von ROM für den Konkurrenten TAROM abgewiesen. Im Februar 2022 meldete ROM Rettungsbeihilfen in Höhe von 36 Mio. EUR bei der Kommission für das nationale Luftfahrtunternehmen TAROM an. Am 24.02.2020 befand die Kommission, dass diese Subvention eine mit dem Binnenmarkt vereinbarte staatliche Beihilfe sei. Gegen diesen Beschluss klagte Wizz Air beim EuG. Das EuG wies die Klage ab. Wizz Air legte beim EuGH Rechtsmittel ein. Dieses Rechtsmittel wurde vom EuGH abgewiesen. Der EuGH urteilte, dass die Beihilfe rechtmäßig sei, um Marktversagen und sozialen Härten, die bei einem Ausfall der von TAROM erbrachten Dienstleistungen erfolgen würden, vorzubeugen. Der EuGH begründet die Rechtmäßigkeit der Beihilfen damit, dass TAROM als ein systemrelevanter Dienstleister für ROM gilt, da ein Großteil rumänischer Regionen nur von dieser Airline angefliegen werden.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-440/22>

E n e r g i e

Rat; Einigung bezüglich der Verlängerung der Notfallverordnungen des Rats zur Versorgungssicherheit und zu den Energiepreisen

Der Rat hat am 22.12.2023 beschlossen, die Verordnungen (EU)2022/2576 für mehr Solidarität durch eine bessere Koordinierung der Gasbeschaffung und zuverlässige Preis-Referenzwerte, (EU)2022/2577 zum beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien und (EU)2022/2578 zur Einführung eines Marktkorrekturmechanismus zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger der Union und der Wirtschaft, jeweils um ein Jahr zu verlängern. Alle drei Notfallverordnungen wurden infolge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine auf der Grundlage von Artikel 122 AEUV im Dezember 2022 verabschiedet. Mit den Notfallverordnungen sollen die negativen Folgen der Energie- und Gaskrise für die Bürgerinnen und Bürger der Union und die Wirtschaft und zugleich die Energieabhängigkeit gegenüber Russland gemildert werden. Die Notfallverordnungen sehen automatisierte Marktkorrekturmechanismen zur Korrektur von hohen Gaspreisen, Begrenzung der Erlöse der Stromerzeuger, Entwicklung und Förderung von grüner Energie und das Teilen von Bezugsquellen unter Mitgliedsstaaten und weitere Maßnahmen als Mittel zur Bewältigung der Folgen der Energiekrise vor.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/22/prolongation-of-emergency-regulations-on-security-of-supply-and-energy-prices-council-adopts-measures/>

Kommission; Genehmigung von Beihilfen zur Unterstützung von Northvolt zum Bau eines Werks für Elektrofahrzeugbatterien

Am 08.01.2024 hat die Kommission eine mit 902 Mio. EUR angemeldete deutsche Beihilfemaßnahme zur Unterstützung von Northvolt zum Bau eines Werks für Elektrofahrzeugbatterien genehmigt. Gewährt wird ein Direktzuschuss in Höhe von 700 Mio. EUR und eine Garantie in Höhe von 202 Mio. EUR. Die Anlage soll in Heide (Schleswig-Holstein) gebaut werden. Die Beihilfe ist Teil des Industriepfandes für den grünen Deal, der als europäische Antwort zum US-amerikanischen „Inflation Reduction Act“ (IRA) angesehen wird. Rechtliche Grundlage für die Genehmigung der Beihilfe ist der „Befristete Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels“, mit dem Mitgliedstaaten Unterstützungsleistungen für die Beschleunigung von Investitionen in Schlüsselsektoren für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft beantragen und bereitstellen können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6823

Digital

Kommission; Konsultation zu virtuellen Welten und generativer KI

Die Kommission hat am 09.01.2024 interessierte Kreise aufgefordert, Beiträge zu wettbewerbsrechtlichen Aspekten von virtuellen Welten und generativer Künstlicher Intelligenz (KI) einzureichen. Sie verspricht sich davon weitere Erkenntnisse, wie sichergestellt werden kann, dass der Wettbewerb in beiden Technologiebereichen auch künftig gesichert wird. Die Kommission verweist darauf, dass digitale Märkte zwar schnelllebig und innovativ sein können, aber auch bestimmte Merkmale aufweisen (z.B. Netzeffekte, fehlendes Multihoming), die zu schädlichem Wettbewerbsverhalten führen können, das im Nachhinein schwer zu beheben ist. Das Konsultationsdokument führt für virtuelle Welten und generative KI jeweils eine Reihe spezifischer Fragen auf, die als Orientierung dienen, aber nicht zwingend alle beantwortet werden müssen. Die Beiträge sind bis zum 11.03.2024 einzureichen.

https://competition-policy.ec.europa.eu/document/e727c66a-af77-4014-962a-7c9a36800e2f_en

Kommission; Benennung weiterer sehr großer Online-Plattformen im DSA

Die Kommission hat am 20.12.2023 im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act/DSA) eine Erweiterung der Gruppe der sehr großen Online-Plattformen (Very Large Online Platforms/VLOP) beschlossen. Am 25.04.2023 hatte die Kommission erstmals 17 VLOPs sowie zwei sehr große Online-Suchmaschinen (Very Large Online Search Engines/VLOSE) im Rahmen des DSA benannt, da sie jeweils mindestens 45 Mio. aktive Nutzerinnen und Nutzer monatlich erreichen. Nun wurden drei weitere Plattformen per Beschluss den VLOPs zugeordnet: Zwei Plattformen (Pornhub, Stripchat) hatten Nutzerzahlen unterhalb des Schwellenwertes gemeldet; Untersuchungen der Kommission hatten aber ergeben, dass auch diese Plattformen den Schwellenwert überschreiten. Die dritte Plattform (Xvideos) meldete der Kommission 160 Mio. Nutzerinnen und Nutzer. Die drei Plattformen müssen damit innerhalb von vier Monaten nach Einstufung als VLOP erhöhten Anforderungen in den Bereichen „sorgfältige Moderation von Inhalten“, „starker Schutz von Minderjährigen“ sowie „Transparenz und Rechenschaftspflichten“ gerecht werden. Mit Ausnahme von Klein- und Kleinstunternehmen müssen bis zum 17.02.2024 alle Online-Plattformen und Suchmaschinen die allgemeinen DSA-Verpflichtungen erfüllen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-designates-second-set-very-large-online-platforms-under-digital-services-act>

Horizont Europa; Partnerschaft Kreislaufwirtschaft; Jahresarbeitsprogramm

Am 22.12.2023 hat das „Circular Bio-based Europe Joint Undertaking“ (CBE JU) sein Jahresarbeitsprogramm für 2024 veröffentlicht. Bei dem CBE JU handelt es sich um eine öffentlich-private Partnerschaft, die im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa entlang der EU-Prioritäten des European Green Deal durchgeführt wird. Im nun vorliegenden Arbeitsprogramm werden 18 Themenstellungen für die kommenden Ausschreibungen dargelegt. Rund 213 Mio. EUR sollen künftig in die Förderung wettbewerbsfähiger biobasierter Kreislaufindustrien in Europa fließen. Zu den Förderaspekten gehören die Themen biobasierte Wertschöpfungsketten zur Valorisierung nachhaltiger Ölpflanzen, biobasierte Plattformchemikalien durch ressourceneffiziente Umwandlung von Biomasse sowie die Valorisierung nachhaltiger Naturfaserrohstoffe. Das Gemeinsame Unternehmen CBE soll die Verbreitung von Technologien unterstützen, die zu einer industriellen Nutzung führen. CBE soll mit diesen und weiteren Themen einen wesentlichen Beitrag zu den Klimazielen der EU für 2030 leisten und den Weg für den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 ebnen. Ein grundsätzliches Ziel der Partnerschaft besteht darin, sicherzustellen, dass Überlegungen zu Kreislaufwirtschaft und Umwelt bei der Entwicklung und Durchführung von biobasierten F&I-Projekten berücksichtigt werden und auf gesamtgesellschaftliche Akzeptanz treffen.

https://www.cbe.europa.eu/system/files/2023-12/CBE%20JU%20AWP%202024_0.pdf

Kommission; Hochschulen; Erasmus+; Allianzen für Innovation; Förderaufruf

Die Kommission hat am 21.12.2023 einen Fördercall veröffentlicht, der sich an die sog. "Allianzen für Innovation" richtet. Allianzen für Innovation zielen darauf ab, die Innovationskapazität Europas zu stärken, indem sie die Zusammenarbeit und den Wissensfluss zwischen den Bereichen Hochschulbildung, Berufsbildung, Forschung und dem Privatsektor fördern. Finanziert wird diese Förderlinie aus dem Programm Erasmus+. Es steht für die Initiative mit dieser Ausschreibung ein Budget von rund 62 Mio. EUR zur Verfügung. Um Innovationen anzukurbeln, wird der Schwerpunkt auf der Entwicklung von „Talenten und Fähigkeiten“ liegen. Digitale Kompetenzen in allen Berufsprofilen auf dem gesamten Arbeitsmarkt seien immer wichtiger geworden. Zweitens müsse der Übergang zu einer kreislauforientierten und umweltfreundlicheren Wirtschaft durch Änderungen bei den Qualifikationen unterstützt werden. Zudem erfordere der Übergang zu einer digitalen und grünen Wirtschaft eine beschleunigte Einführung neuer Technologien, insbesondere in den hochinnovativen Deep-Tech-Bereichen. Zu diesen Aspekten stellt die Kommission Hintergrundmaterialien und eine Liste spezieller Hinweise für Antragstellende zur Verfügung. Die Antragsfrist endet am 07.03.2024.

https://www.eacea.ec.europa.eu/news-events/news/erasmus-alliances-innovation-2024-how-apply-2023-12-21_en

Kommission; Hochschulen; Hochschulstrategie; Konsultation

Am 09.01.2024 hat die Kommission drei Konsultationen geöffnet, im Rahmen derer Interessierte und öffentliche Stellen bei der Kommission ihre Position mit Blick auf die EU-Hochschulstrategie einreichen können. Die Kommission hat die drei Konsultationen lanciert, um ein Maßnahmenbündel zur Hochschulstrategie vorzubereiten, welches noch vor der Europawahl veröffentlicht werden soll. Das Maßnahmenpaket soll der Verwirklichung eines europäischen Bildungsraums dienen und aus drei Teilen bestehen: erstens einer Mitteilung über einen gemeinsamen europäischen Hochschulabschluss, zweitens einem Vorschlag für eine

Ratsempfehlung über ein europäisches Qualitätssicherungs- und Anerkennungssystem sowie drittens einem Vorschlag für eine Ratsempfehlung über „attraktive und nachhaltige Karrieren in der Hochschulbildung“. Alle drei Maßnahmen werden nicht-legislativer Natur sein. Die Einreichungsfrist läuft bis zum 06.02.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives_en?text=education

Finanzen

Mindeststeuersatz von 15% für Unternehmen tritt in Kraft

Am 01.01.2024 sind die neuen EU-Vorschriften in Kraft getreten, nach denen für in der EU tätige multinationale Unternehmen ein Mindeststeuersatz von 15% gilt. Mit dem Inkrafttreten der 2022 von den Mitgliedstaaten einstimmig vereinbarten Vorschriften für eine effektive Mindestbesteuerung wird die sogenannte zweite Säule durch die EU formell umgesetzt. Sie bezieht sich auf die globale Vereinbarung über die internationale Steuerreform im Jahr 2021. Die Richtlinie enthält ein gemeinsames Regelwerk für die Berechnung und Anwendung einer „Zusatzsteuer“, die in einem bestimmten Land geschuldet wird, falls der effektive Steuersatz unter 15 % liegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_23_6712

DEU erhält 4 Mrd. EUR aus der Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 28.12.2023 hat DEU die erste Zahlung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) erhalten. Die Zahlung beläuft sich auf 4 Mrd. EUR. Sie geht auf einen Antrag Deutschlands vom 15.09.2023 bei der Kommission zurück, der 28 Etappenziele und acht Zielwerte betraf. Insgesamt wird der Aufbau- und Resilienzplan Deutschlands mit Zuschüssen in Höhe von 28 Mrd. EUR finanziert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6827

Rat; Einigung auf partielles Mandat zur Ukraine-Fazilität

Am 10.01.2024 haben die Botschafterinnen und Botschafter der EU-Mitgliedstaaten ein partielles Mandat für Verhandlungen über einen Vorschlag zur Einrichtung der Ukraine-Fazilität angenommen. Darin folgt der Rat dem Kommissionsvorschlag in Hinblick auf die Ziele der Fazilität und ihre Drei-Säulen-Struktur. Das partielle Verhandlungsmandat des Rates bezieht sich jedoch nicht auf haushaltsbezogene Aspekte, v.a. den Gesamtumfang des Instruments und den Anteil der Finanzhilfen und Darlehen. Diese werden vom endgültigen Ergebnis der Verhandlungen über die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 abhängen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/01/10/ukraine-facility-council-agrees-on-elements-of-new-support-mechanism-for-ukraine/>

Gesundheit und Verbraucherschutz

EuGH; Urteil zur Schadenersatzklage von Dyson

Am 11.01.2024 hat der EuGH mit seinem Urteil in der Rechtssache C-122/22 P die Schadenersatzklage des Staubsaugerherstellers Dyson endgültig abgelehnt. Der EuGH stellt bezüglich der Begriffsklärung des hinreichend qualifizierten Verstoßes gegen Unionsrecht vor dem Hintergrund einer Schadenersatzforderung von Dyson fest, dass der Umstand, dass eine Rechtsnorm wie in diesem Fall die maßgebliche Vorschrift der Richtlinie der betreffenden Unionsbehörde kein Ermessen belässt, nicht

zwangsläufig zur Folge hat, dass ein Verstoß gegen diese Norm hinreichend qualifiziert ist. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Auslegung der Norm und der technischen Komplexität der zu lösenden Probleme sei der Rechtsirrtum der Kommission entschuldbar. Die Schadensersatzklage von Dyson in Höhe von 176,1 Mio. EUR wird damit endgültig abgewiesen. Der Hersteller hatte ursprünglich gegen die Methoden zur Prüfung der Energieeffizienz von Staubsaugern geklagt, welche von der Kommission für die Vergabe eines Energieeffizienzetiketts festgelegt wurden. Der Energieverbrauch wurde dabei bei Geräten mit leerem Staubbehälter gemessen, was laut Dyson zu einem Nachteil für die von ihnen produzierten beutelosen Staubsauger führte, da diese im Gegensatz zu Beutelstaubsaugern mit zunehmender Füllung des Behälters nicht mehr Energie verbrauchen. Dies wurde vom Gericht bestätigt und die entsprechende Verordnung für nichtig erklärt. Daraufhin erhob Dyson eine Schadensersatzklage, da dem Hersteller durch die Verordnung ein Schaden entstanden sei. Dazu entschied das Gericht, dass dafür ein hinreichend qualifizierter Verstoß gegen das Unionsrecht vorliegen müsse, welcher in diesem Fall nicht gegeben sei, da die Kommission die ihrem Ermessen gesetzten Grenzen nicht offenkundig und erheblich überschritten habe. Dieses Urteil wurde von Dyson angefochten, nun aber durch den EuGH endgültig bestätigt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-01/cp240001de.pdf>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zur Anpassung der Standards für Pflege, Unterbringung und Tötung von zu wissenschaftlichen Zwecken verwendeten Tieren

Am 04.01.2024 hat die Kommission eine Konsultation zu einem Entwurf einer delegierten Richtlinie zur Erweiterung der Richtlinie über den Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere eröffnet. In ihren Anhängen enthält die Richtlinie Standards zur Pflege, Unterbringung und Tötung solcher Tiere, jedoch nur für Arten, zu denen ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich dieser Aspekte vorliegen. Die Anhänge werden nun von der Kommission angesichts neuer Erkenntnisse angepasst und auf weitere Arten ausgeweitet. Durch die Aktualisierung der Anhänge soll der Schutz dieser Tierarten bei der Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken verbessert werden. Rückmeldungen sind bis zum 01.02.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13628-Tierschutz-fur-wissenschaftliche-Zwecke-verwendete-Tiere-Anpassung-der-Standards-fur-Pflege-Unterbringung-und-Totung_de

Kommission; Konsultation zu technischen Spezifikationen für Risikomanagementpläne bei der Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft

Am 11.01.2024 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung über technischen Spezifikationen für Risikomanagementpläne Wiederverwendung von Abwasser in der Landwirtschaft eröffnet. Die Spezifikationen sollen denjenigen, die an Projekten zur Wiederverwendung von Wasser beteiligt sind (einschließlich der zuständigen Behörden, der Betreiber von Wasserbehandlungsanlagen, der Betreiber von Speicher- und Versorgungsanlagen und der Endnutzer), bei der Ausarbeitung solider Risikomanagementpläne zur sicheren Wiederverwendung von behandeltem Abwasser in der Landwirtschaft helfen. Rückmeldungen sind bis zum 08.02.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13846-Wiederverwendung-von-Abwasser-in-der-Landwirtschaft-technische-Spezifikationen-fur-Risikomanagementplane_de

Landwirtschaft

Kommission; Konsultation zur Festlegung und Überprüfung von Höchstwerten für bestimmte unerwünschte Stoffe in Futtermitteln

Am 05.01.2024 hat die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung der Höchstwerte bestimmter Stoffe in Futtermitteln eröffnet. Zur Tierernährung bestimmte Erzeugnisse dürfen nur dann in die Union eingeführt, in den Verkehr gebracht und verwendet werden, wenn sie von handelsüblicher Qualität sind und daher bei ordnungsgemäßer Verwendung keine Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier oder für die Umwelt darstellen. Eine Richtlinie legt dazu Höchstwerte für unerwünschte Stoffe fest, welche nun aufgrund neuer wissenschaftlicher Gutachten aktualisiert werden soll. Unter anderem sind die bisherigen Höchstwerte für Arsen in Fischen und anderen Wasserlebewesen auch unter Verwendung der bestmöglichen Techniken nicht immer einzuhalten, weshalb die Höchstwerte in diesem Fall gelockert werden. Negative Auswirkungen auf die Gesundheit von Schweinen können bei der derzeitigen Höchstgrenze für Stechapfelsamen im Futter nicht ausgeschlossen werden, weshalb hier der Wert verschärft wird. Die Änderungen enthalten außerdem Änderungen der Höchstwerte für die Stoffe Kadmium, Blei, Nickel, Roggen-Ergot, Delta-9-Tetrahydrocannabinol, Endosulfan, Heptachlor, Hexachlorbenzol, Hexachlorhexan, Dioxine und PCBs, bestimmte Kokzidiostatika und Histomonostatika sowie p-Phenetidin. Rückmeldungen sind bis zum 02.02.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14098-Setting-and-reviewing-maximum-levels-for-certain-undesirable-substances-in-feed_de

Kommission; Konsultation zu einem neuen Protokoll für das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der EU und São Tomé und Príncipe

Am 08.01.2024 hat die Kommission eine Sondierung zu einem Verhandlungsmandat für ein neues Protokoll zur Fortsetzung des Fischereiabkommens zwischen der EU und São Tomé und Príncipe eröffnet. Das bisherige Protokoll zur Regelung der technischen und finanziellen Bedingungen läuft 2024 aus, weshalb die Kommission zur Aushandlung eines neuen Protokolls ermächtigt werden soll. Durch das Abkommen können europäische Fischer in den Gewässern von São Tomé und Príncipe fischen, während die EU gleichzeitig eine nachhaltige Fischereipolitik im Land unterstützt. Rückmeldungen sind bis zum 05.02.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13773-Fischereiabkommen-EU-Sao-Tome-und-Principe-Verhandlungsmandat-fur-ein-neues-Protokoll_de

EuGH; Urteil zu den zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) der Fischerei in irischen Gewässern

Am 11.01.2024 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-330/22 verkündet. Darin stellt er bezüglich der Gültigkeit der 2020 von der irischen Regierung festgelegten monatlichen Bescheide über die Fischereibewirtschaftung, welche sich auf die jährlichen TAC des Rates berufen, fest, dass die Prüfung des Gerichts nichts ergeben habe, was die Gültigkeit der Verordnung über die Fangmöglichkeiten

beeinträchtigen könnte. Die Gültigkeit der Verordnung wird damit bestätigt. Die Organisation „Friends of the Irish Environment“ hatte gegen die TAC geklagt, da diese gegen die Grundverordnung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und insbesondere gegen das darin festgelegte Ziel des höchstmöglichen Dauerertrags verstieße. Ursprünglich wurden für vier Arten die TAC in den irischen Gewässern auf null festgesetzt, um deren Befischung auch in Zukunft zu ermöglichen. Da diese Arten aber in Mischbeständen mit anderen, weniger gefährdeten Arten vorkommen, welche dann ebenfalls nicht mehr hätten befischt werden könnten, ersuchte die Kommission den Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES) um ein Gutachten über die voraussichtliche Menge des Beifangs der betreffenden Arten. Schlussendlich setzte der Rat die entsprechenden TAC dann über „null“ fest und ermöglichte so weiterhin die Befischung der Mischbestände, laut der Kläger in diesem Fall ohne Rechtsgrundlage. Seine Entscheidung, nach der auch die Bescheide der irischen Regierung weiterhin ihre Gültigkeit behalten, begründet das Gericht damit, dass die streitigen TAC auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten auf einem Niveau festgesetzt wurden, welches nicht offensichtlich ungeeignet sei, um das Ziel der Fortsetzung der gemischten Fischerei mit dem Ziel der Erreichung eines guten biologischen Zustands der betreffenden Bestände in Einklang zu bringen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281144&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1240536>

J u s t i z

EuGH; Urteil zu Widerrufsrecht bei Kilometerleasingverträgen

Mit Urteil vom 21.12.2023 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-38/21, C-47/21 und C-232/21 entschieden, dass Verbraucher die einen Kilometerleasingvertrag über ein nach eigenen Vorgaben bestelltes Fahrzeug schließen, kein Widerrufsrecht haben, da sie sich nicht verpflichtet haben, das Fahrzeug am Ende der Leasingperiode zu kaufen. Dies gelte auch dann, wenn der Vertrag im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen worden sei. Anders sei es bei Kreditverträgen zur Kfz-Finanzierung: Dort beginne die 14-tägige Widerrufsfrist nicht zu laufen, wenn der Händler seinen Informations- und Belehrungspflichten nicht nachgekommen sei und sich dies auf die Kaufentscheidung ausgewirkt habe. In einem solchen Fall könne die Ausübung des Widerrufsrechts nach Ablauf der Frist von 14 Tagen keinesfalls als missbräuchlich angesehen werden, auch wenn dies lange nach Vertragsschluss geschehe. Allerdings ende die Möglichkeit vom Widerrufsrecht Gebrauch zu machen, wenn der Kreditvertrag vollständig erfüllt worden sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=280766&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=7931053>

EuGH; Urteil zur Übergabe einer gesuchten Person infolge eines europäischen Haftbefehls

Mit Urteil vom 21.12.2023 hat der EuGH in der Rechtssache C-261/22 entschieden, dass ein Gericht die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls nicht allein deshalb ablehnen darf, weil die gesuchte Person Mutter von Kleinkindern ist, die mit ihr zusammenleben. Ein Gericht dürfe die Übergabe einer Person jedoch ausnahmsweise ablehnen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt seien: Erstens müsse aufgrund systemischer oder allgemeiner Mängel in Bezug auf die Haftbedingungen von Müttern von Kleinkindern und in Bezug auf die Bedingungen der Betreuung dieser Kinder im

Ausstellungsmittgliedstaat des Europäischen Haftbefehls eine tatsächliche Gefahr bestehen, dass das Recht der Mutter auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens und das Wohl ihrer Kinder verletzt werden, und zweitens müssen ernsthafte und durch Tatsachen bestätigte Gründe für die Annahme vorliegen, dass die betreffenden Personen in Anbetracht ihrer persönlichen Situation aufgrund solcher Bedingungen einer solchen Gefahr ausgesetzt sein werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=280774&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=568546>

EuGH; Urteil zu polnischem Justizsystem - Spruchkörper der Kammer für außerordentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts Polens kein Gericht im Sinne des Unionsrechts

Mit Urteil vom 21.12.2023 hat der EuGH in der Rechtssache C-718/21 das dem Verfahren zugrundeliegende Vorabentscheidungsverfahren für unzulässig erklärt und eine Beantwortung der vorgelegten Fragen abgelehnt. Die Unzulässigkeit beruhe auf dem Umstand, dass es sich bei der vorliegenden Kammer des polnischen Obersten Gerichts nicht um ein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht handele, wie es das Unionsrecht verlange. Der Gerichtshof beruft sich zur Begründung dieses Ergebnisses zunächst auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in dem für zwei Spruchkörper der Kammer für außerordentliche Überprüfung bereits entschieden wurde, dass sie kein auf Gesetz beruhendes unabhängiges Gericht sind. Jenes Urteil war damit begründet worden, dass es die Ernennung der Mitglieder dieses Spruchkörpers unter offensichtlicher Verletzung grundlegender nationaler Regelungen betreffend das Verfahren zur Ernennung der Richter erfolgt sei. Darüber hinaus kommt der EuGH in seinem Urteil zu dem Schluss, dass das Zusammentreffen verschiedener Umstände, die die Ernennung der Richter des Spruchkörpers kennzeichnen, der die Fragen in der vorliegenden Rechtssache gestellt hat, beim Einzelnen berechnete Zweifel in Bezug auf die Unabhängigkeit und die Unparteilichkeit dieser Richter wecken und das Vertrauen beeinträchtigen könne, das die Justiz in einer demokratischen Gesellschaft und in einem Rechtsstaat bei den Einzelnen schaffen muss. Folglich habe dieser Spruchkörper nicht die Eigenschaft eines unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gerichts.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62021CJ0718>

EuGH; Urteil zur Ernennung der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Polen

Mit Urteil vom 09.01.2024 hat der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-181/21 und C-269/21 die vom Sąd Okręgowy w Katowicach (Regionalgericht Katowice, Polen) und vom Sąd Okręgowy w Krakowie (Regionalgericht Kraków, Polen) eingereichten Vorabentscheidungsersuchen für unzulässig erklärt. Es fehle insoweit an der Erforderlichkeit des Vorabentscheidungsersuchens, welche wiederum voraussetze, dass die vorlegenden Gerichte, die Konsequenzen aus der EuGH-Auslegung ziehen können. Dies sei vorliegend nicht der Fall, weil die vorlegenden Spruchkörper nach nationalem Recht nicht zur Entscheidung befugt seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281081&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1264980>

EuGH; Urteil zu Vorabgenehmigungs- und Zulassungsregeln der International Skating Union

Mit Urteil vom 21.12.2023 hat der EuGH in der Rechtssache C-124/21 P entschieden, dass die Vorschriften der International Skating Union über die vorherige Genehmigungspflicht von Eislaufwettbewerben gegen Unionsrecht verstoßen. Grund hierfür sei die Einschränkung des Wettbewerbs zum Nachteil der Athleten, der Verbraucher und des Publikums. In Bezug auf die Genehmigung von Alternativwettbewerben sei laut EuGH ein transparentes, objektives und verhältnismäßiges Regelwerk notwendig. Zudem enthält das Urteil Ausführungen zur obligatorischen „CAS-Schiedsklausel“.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=F7B065BEBB96E68B54E757AE0738133D?text=&docid=280763&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=790057>

EuGH; Urteil zu „einheimischen Spielern“

Mit Urteil vom 21.12.2023 hat der EuGH in der Rechtssache C-680/21 entschieden, dass Vorschriften der UEFA und des belgischen Fußballverbands, wonach eine Mindestzahl "einheimischer Spieler" in die Mannschaften aufzunehmen ist, einen Verstoß sowohl gegen die unionsrechtlichen Wettbewerbsregeln als auch gegen die Freizügigkeit der Arbeitnehmer darstellen können. Ob dies der Fall ist, müsste jetzt das nationale Gericht prüfen. Ausdrücklich weist der EuGH in seinem Urteil daraufhin, dass etwaige Verstöße gegen die streitgegenständlichen Vorschriften von UEFA und belgischem Fußballverband unionsrechtlich gerechtfertigt sein könnten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=280764&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Eurojust; Europol; Zerschlagung eines internationalen kriminellen Netzes von Autodieben

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 22.12.2023 bekanntgegeben, dass in enger Zusammenarbeit zwischen litauischen und deutschen Behörden und mit Unterstützung durch Europol und der Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) ein internationales kriminelles Netz vom Autodieben zerschlagen werden konnte. Hierfür war eine operative Task Force eingerichtet worden, die bei einem gemeinsamen Aktionstag im Dezember 2023 zwei hochrangige Zielpersonen aufgrund von europäischen Haftbefehlen in LIT festnehmen konnte. Eine zentrale Rolle spielte von deutscher Seite die Staatsanwaltschaft in Heilbronn.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/criminals-responsible-for-stealing-28-luxury-cars-arrested>

Europol; ENISA; gemeinsame Aktion gegen Skimming

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 22.12.2023 bekanntgegeben, dass in Zusammenarbeit mit der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) sowie Strafverfolgungsbehörden aus 17 Mitgliedstaaten im Rahmen einer zweimonatigen Aktion 443 Online-Händler darüber informiert wurden, dass die Kreditkarten- oder Zahlungskartendaten ihrer Kunden kompromittiert worden waren. Diese von GRI geleitete Aktion fällt unter die EMPACT-Priorität, die sich gegen die Kriminellen richtet, die hinter Online-Betrügereien stecken. Die Aktion erfolgte mit Unterstützung der nationalen Computer Security Incident Response Teams (CSIRT).

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/action-against-digital-skimming-reveals-443-compromised-online-merchants>

Rat; Einigung seitens des Rats zur Aufhebung der Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen zu BUL und ROM

Nach 12 Jahren Verhandlungen konnten sich die EU-Mitgliedstaaten am 30.12.2023 zur Aufhebung der Personenkontrollen an den Luft- und Seegrenzen zwischen BUL, ROM und anderen Ländern im Schengen-Raum ab dem 31.03.2024 einigen. Die Aufhebung der See- und Luftkontrollen stellt einen Schritt in Richtung Vollaufnahme der beiden Länder in den Schengen-Raum dar. Ein Beschluss des Rates zur Aufhebung der Personenkontrollen an den Landbinnengrenzen beider Länder steht noch aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/30/schengen-area-council-takes-move-towards-lifting-border-controls-with-bulgaria-and-romania/>

EU; Neue EU-Transparenzvorschriften gegen Mehrwertsteuerbetrug

Zum Jahreswechsel sind neue Regeln zur Bekämpfung von Betrug bei grenzüberschreitenden Zahlungen in Kraft getreten. Sie sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, gegen Mehrwertsteuerbetrug vorzugehen. Durch diese neuen Vorschriften sollen Steuerbehörden der Mitgliedstaaten auf Zahlungsinformationen zugreifen können, die es ihnen ermöglichen, Mehrwertsteuerbetrug leichter aufzudecken. Dabei liegt der Schwerpunkt vor allem auf dem elektronischen Handel, der für Mehrwertsteuerverstöße und -betrug besonders anfällig ist. Das neue System nutzt dabei die Schlüsselrolle von Zahlungsdienstleistern wie Banken, E-Geld-Instituten, Zahlungsinstituten und Postgirodiensten. Über sie laufen insgesamt mehr als 90% der Zahlungen für Online-Käufe in der EU.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/neue-eu-transparenzvorschriften-gegen-mehrwertsteuerbetrug-2024-01-03_de

ERCC; EU mobilisiert Hochwasserhilfe für Deutschland und Frankreich

Aufgrund von Überschwemmungen und über die Ufer tretenden Flüssen haben DEU und FRA im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens zum Jahresbeginn beim Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) um Hilfe ersucht. Es wurde in der Folge Soforthilfe mobilisiert. In DEU waren 39 Helfer aus FRA im Einsatz, sie kamen mit 16 Fahrzeugen und Hochwasserschutzbarrieren (Stand: 03.01.2023). In FRA wurden am 03.01.2024 drei Hochleistungsmodulare mit vier Pumpen aus NDL erwartet, dazu zwei Pumpen aus CZR und zwei Pumpen aus der SLK. Auch AUT, HUN, SWE und Slowenien haben ihre Hilfe angeboten.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-mobilisiert-hochwasserhilfe-fur-deutschland-und-frankreich-2024-01-03_de

EU; Neue Vorschriften für mehr Cybersicherheit in den EU-Organen

Die neue Cybersicherheitsverordnung zur Festlegung von Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union ist am 07.01.2024 in Kraft getreten. In der Verordnung werden Maßnahmen für die Einrichtung eines internen Rahmens für Risikomanagement, Governance und Kontrolle im Bereich der Cybersicherheit für jede Einrichtung der Union festgelegt und es wird ein neuer interinstitutioneller Cybersicherheitsbeirat eingerichtet, um dessen Umsetzung durch die Einrichtungen der Union zu überwachen und zu unterstützen. Außerdem wird das Mandat des Reaktionsteams für IT-Sicherheitsvorfälle für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU (CERT-EU) erweitert, sodass es künftig als zentrale Stelle für den Austausch von Informationen über Cyberbedrohungen und die Koordinierung der Reaktion auf Sicherheitsvorfälle sowie als zentrales Beratungsgremium und als Diensteanbieter fungieren wird. Entsprechend seinem Mandat wird das CERT-EU in

„Cybersicherheitsdienst für die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union“ umbenannt, behält jedoch die Kurzbezeichnung „CERT-EU“.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6782

EuGH; Schlussanträge zur Harmonisierung des Unionsrechts in Fragen des passiven Wahlrechts

Der Generalanwalt Richard de la Tour hat in den verbundenen Rechtssachen C-808/21 und C-814/21 am 11.01.2024 seine Schlussanträge verlesen. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass POL und CZR dadurch, dass sie Unionsbürgern, die nicht Staatsangehörige Polens bzw. der Tschechischen Republik sind, aber ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Staat haben, das Recht auf Mitgliedschaft in einer politischen Partei verwehren, gegen das Unionsrecht im Bereich des Wahlrechts verstoßen haben. Er schlägt daher vor, zu entscheiden, dass die Klagen begründet sind.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281160&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1264139>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281161&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1264440>

Kommission; mehr Geld zum Schutz von Synagogen und anderen religiösen Stätten

Die Kommission hat am 22.12.2023 um die Einreichung von Vorschlägen für Projekte, die den Schutz öffentlicher Räume, insbesondere jüdischer Gotteshäuser, erhöhen, gebeten. Insgesamt stehen aus dem Fonds für die innere Sicherheit 30 Mio. EUR zur Verfügung. Angesichts der Zunahme antisemitischer Vorfälle in der gesamten EU nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel am 07.10.2023 hat die Kommission fünf Mio. EUR ausschließlich für Projekte zum Schutz jüdischer Gotteshäuser reserviert. Im Rahmen der Aufforderung werden Projekte finanziert, die auf die Verbesserung der allgemeinen Sicherheit öffentlicher Räume abzielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf folgenden Prioritäten: Gebetsstätten aller Glaubensrichtungen, jüdische Gebetsstätten, CBRN-Bedrohungen (chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen), Kontrolle Schusswaffenhandel, Einsatz von Sprengstoffspürhunden und nicht-kooperativen Drohnen (KRITIS). Anträge können zwischen dem 08.02. und dem 04.04.2024 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/isf-2024-tf2-ag-protect-protection-public-spaces?tenders=false&programmePart=&callIdentifier=ISF-2024-TF2-AG-PROTECT>

V e r a n s t a l t u n g e n

XXII. Europäischer Presseclub – Brüssel mischt die Karten neu

Journalistinnen und Journalisten aus BEL, DEU und der Schweiz haben am 09.01.2024 im XXII. Presseclub auf die sich dem Ende zuneigende Legislaturperiode und das Mandat der Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen zurückgeblickt, Bilanz gezogen, aber auch den Blick nach vorn, auf die Europawahlen im Juni, gerichtet. Es war der letzte Europäische Presseclub, der von Michael Stabenow, ehemaliger EU-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, moderiert wurde. Europastaatssekretär Uwe Becker würdigte zunächst Michael Stabenows Verdienste um dieses sehr erfolgreiche Veranstaltungsformat der Landesvertretung. Seit dem ersten Europäischen Presseclub vor fast genau zehn Jahren haben 66 Journalistinnen und Journalisten aus 20 Mitgliedstaaten und 4 Nicht-

EU-Ländern mit Michael Stabenow aktuelle europapolitische Themen diskutiert. Der Europäische Presseclub stehe damit auch für den Qualitätsjournalismus und den Kampf gegen Desinformation, so Becker. Staatssekretär Becker rief sodann mit Blick auf die Europawahlen dazu auf, für Europa auf- und einzustehen, und sich für ein liberales Europa einzusetzen. In der anschließenden Diskussion zwischen Rob Heirbaut, EU-Korrespondent des belgischen Fernsehsenders VRT, Katrin Pribyl, EU-Korrespondentin verschiedener deutscher Tageszeitungen, u.a. Augsburger Allgemeine, und Daniel Steinvorth, EU-Korrespondent Neue Zürcher Zeitung, stand zunächst die Ankündigung des Präsidenten des Europäischen Rates (ER), Charles Michel, in den Europawahlen zu kandidieren und dann sein Präsidentenamt im Sommer vorzeitig niederzulegen, im Vordergrund. Dieser Schritt wurde einhellig kritisiert. Einigkeit bestand darin, dass die Staats- und Regierungschefs rechtzeitig einen neuen ER-Präsidenten benennen sollten, um zu verhindern, dass der ungarische Regierungschef Viktor Orbán die Rolle als Interimspräsident übernehme (weil HUN ab 01.07.2024 turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft innehat). Mit Blick auf die Europawahlen schätzten die Panellisten die Wahrscheinlichkeit einer großen rechtspopulistischen Fraktion aus EKR und ID als gering ein, weil die Positionen zu unterschiedlich seien. Ein schlechtes Zeugnis stellten sie dem Verhalten der EU-Spitzen nach dem Angriff auf Israel am 07.10.2023 aus. Dies sei ein Kommunikationsdesaster gewesen. Eine gemeinsame Außenpolitik, gerade mit Blick auf den Nahost-Konflikt, sei aufgrund der unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten sehr schwierig oder gar unmöglich, so ihre Einschätzung.

Konferenz Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Am 10.01.2024 fand in der Hessischen Landesvertretung eine Konferenz der SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik), Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, zum Thema „Civilian Conflict Management and Peacebuilding in the EU's Eastern Neighbourhood: Lessons for engagement in a volatile region“ statt. Europastaatssekretär Uwe Becker, betonte die Bedeutsamkeit der Östlichen Partnerschaft. Jetzt sei ein Zeitfenster für die EU-Erweiterung, daher müsse man täglich an Fortschritten für eine demokratische Zukunft arbeiten. Ein Hauptthema der Konferenz waren die deutschen Beiträge zur zivilen Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung in der östlichen Nachbarschaft der EU. Hierzu wurde auch eine Studie seitens der SWP vorgestellt. Herausgearbeitet wurde im Laufe der Konferenz unter anderem die Feststellung, dass eine Diskontinuität zwischen Strategien und Realität in der Mediation von Konflikten in der Region bestehe.

Gespräche von Europastaatssekretär Becker in Brüssel

Am 11/12.01.2024 hat der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker eine Reihe von politischen Gesprächen in Brüssel geführt. Im Mittelpunkt der Gespräche mit MdEP Engin Eroglu (RN/DEU), Mitglied im EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) und mit Dr. Sebastian Thomasius, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU stand das Verfahren zur Anhörung der Bewerbungen um den Sitz der neuen EU Anti-Geldwäsche-Behörde (AMLA) am 30.01.2024 im Europäischen Parlament. Insbesondere ging es bei den Gesprächen um die Vorbereitung der Präsentation der deutschen Bewerbung mit Frankfurt. Ferner war die Frage Euroclearing Thema des Gespräches mit MdEP Eroglu. Im Rahmen des Gesprächs mit Dr. Volker Treier, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Industrie- und Handelskammertages und Freya Lemcke, Leiterin der EU-Vertretung des Industrie- und Handelskammertages wurden aktuelle europapolitische Themen der Industrie insbesondere Handelsfragen erörtert. Der Sachstand der Verhandlungen zur Halbzeitreform des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens sowie die Überlegungen zur Gestaltung des Mehrjährigen

Finanzrahmens ab 2028 waren Thema des Gesprächs mit Kai Wynands, Generalsekretariat der Europäischen Kommission. Aktuelle hessische EU-Themen besprach der Staatssekretär mit dem Leiter des HR-Hörfunkstudio Brüssel Andreas Meyer-Feist. Bei dem Gespräch mit dem stellv. Generaldirektor der Generaldirektion ECHO der Europäischen Kommission Prof. Dr. Michael Köhler ging es hauptsächlich um die aktuelle Lage in Nordafrika und das EU-Partnerschaftsabkommen mit Tunesien. Europastaatsekretär Uwe Becker traf ferner Oberrabbiner Albert Guigui in der Grande *Synagogue* de l'Europe in Brüssel. Im Rahmen einer Führung durch die Synagoge erörterte Oberrabbiner Albert die geschichtlichen Hintergründe der Synagoge. Im anschließenden Gespräch wurde über die Situation von Jüdinnen und Juden in Brüssel sowie die strukturelle Organisation bzw. Verfasstheit von Judentum gesprochen. Mit Michael Thaidigsmann, Redakteur der Jüdischen Allgemeine in Brüssel tauschte sich Uwe Becker über die Lage von Juden nach dem 07.10.2023 sowie den Blick der Medien auf den enorm angestiegenen Antisemitismus aus.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

16.01.2024	Rat Wirtschaft und Finanzen
22.01.2024	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
23.01.2024	Rat Landwirtschaft und Fischerei

Europäische Kommission

16.01.2024	Überarbeitung der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat
24.01.2024	Paket Wirtschaftliche Sicherheit <ul style="list-style-type: none">- Mitteilung zur Wirtschaftlichen Sicherheit- Verordnung für ausländische Direktinvestitionen- Weißbuch Exportkontrollen- Initiative ausgehende Investitionen- Ratsempfehlungen Forschungssicherheit- Weißbuch Duale Nutzung Forschung

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 15.-18.01.2024

Gedenken an Jacques Delors
Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen
Verordnung über fluorierte Gase
Änderung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II)
Änderung der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR)
Überarbeitung des Mandats der Europäischen Arbeitsbehörde
Die Rolle sozialer Vergabekriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge hinsichtlich der Stärkung sozialer Rechte, guter Arbeitsbedingungen und inklusiver Arbeitsmärkte
Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des belgischen Ratsvorsitzes
Zusagen einhalten und militärische Unterstützung für die Ukraine bereitstellen
Wahl eines Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin des EP (Nachfolge Nicola Beer)
Besondere Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete (kodifizierter Text)
Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke
Durchführung des Programms Erasmus+ 2021-2027
Durchführung des Programms Kreatives Europa 2021-2027
Durchführung des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ 2021-2027 – Bürgerbeteiligung und Teilhabe
Umsetzung der territorialen Entwicklung (Dachverordnung, Titel III, Kapitel II) und deren Anwendung in der Territorialen Agenda der EU 2030
Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2023
Bankenunion – Jahresbericht 2023
Rolle des EP und der parlamentarischen Diplomatie in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU
Elektrische Luftfahrt – eine Lösung für Kurz- und Mittelstreckenflüge

Derzeitige und künftige Herausforderungen bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern
Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel
Transparenz und Rechenschaftspflicht von aus dem EU-Haushalt finanzierten nichtstaatlichen Organisationen
Die humanitäre Lage im Gazastreifen, die Notwendigkeit, einen Waffenstillstand zu erreichen, und die Gefahr einer regionalen Eskalation
Beziehungen zwischen der EU und Indien
Die Rolle der präventiven Diplomatie bei der Bewältigung festgefahrener Konflikte in der ganzen Welt – verpasste Chancen oder Veränderungen für die Zukunft?
Die Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2022
Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Vertragsbestimmungen
Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Unionsbürgerschaft
Kampf gegen das Wiedererstarken des Neofaschismus in Europa, auch vor dem Hintergrund des Aufmarschs, der am 07.01.2024 in Rom stattfand
Ausnahmezustand in Ecuador
Ausarbeitung einer umfassenden europäischen Strategie für Häfen
Umsetzung des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA)
Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates am 14./15.12.2023 und Vorbereitung der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates am 01.02.2024
Lage in HUN und eingefrorene EU-Gelder
Überarbeitung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung
Rahmenabkommen EG-Indonesien über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit: Beitritt Kroatiens zur EU
Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel
Quecksilber: Dentalamalgam und andere mit Quecksilber versetzte Produkte, die Herstellungs-, Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen unterliegen
Kulturelle Vielfalt und die Bedingungen für Urheber auf dem europäischen Markt für Musikstreaming
Die geplante Auflösung von zentralen Strukturen zur Korruptionsbekämpfung in der SLK und die Auswirkungen auf die Rechtsstaatlichkeit

Förderung der Forschungsfreiheit in der EU
EU-Strategie für Zentralasien
Sicherheits- und verteidigungspolitische Auswirkungen
des Einflusses Chinas auf die kritische Infrastruktur in der
EU
Auswirkungen der Entwicklung virtueller Welten auf die
Politik – Fragen im Zusammenhang mit dem Zivilrecht,
dem Unternehmensrecht, dem Handelsrecht und dem
Recht des geistigen Eigentums
Europäisches Geschichtsbewusstsein
Entwicklungszusammenarbeit der EU zur Förderung des
Zugangs zu Energie in Entwicklungsländern
Virtuelle Welten – Chancen, Risiken und politische
Auswirkungen in Bezug auf den Binnenmarkt
Die Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten –
Jahresbericht 2022
Aussprache über ein aktuelles Thema (Artikel 162 GO) –
Hochwertige Arbeitsplätze in einer wettbewerbsfähigen
und zukunftsorientierten sozialen Marktwirtschaft
Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze
und Hasskriminalität
Lage der Grundrechte in der EU 2022 und 2023
Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit in GRI
Geothermische Energie
Geschlechtsspezifische Aspekte der steigenden
Lebenshaltungskosten und der Auswirkungen der
Energiekrise
Den dringlichen Fachkräftemangel bewältigen und die
geeigneten Talente finden, um die Schaffung von
Arbeitsplätzen zu fördern (Europäisches Jahr der
Kompetenzen)
Aussprache über Fälle von Verletzungen der
Menschenrechte, der Demokratie und der
Rechtsstaatlichkeit (Artikel 144 GO)
Die anhaltende Verfolgung von Falun-Gong-
Praktizierenden in China, insbesondere der Fall Ding
Yuande
Die drohende Hungersnot infolge der Ausweitung des
Konflikts im Sudan
Tadschikistan: Staatliche Repressionen gegen
unabhängige Medien
Die aktuelle, dem Verlust von Plastikkügelchen
geschuldete ökologische Katastrophe und ihre
Auswirkungen auf die Verschmutzung von Lebensräumen
im Meer und an den Küsten mit Mikroplastik

Durchführungsbericht über die Verordnung (EG) Nr. 1924/2006 über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel
 Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2022
 Festlegung des Standpunkts der EU zu dem verbindlichen Instrument der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte und insbesondere zum Zugang zu Rechtsmitteln und zum Schutz von Opfern
 Geschlechtsspezifische Aspekte der steigenden Lebenshaltungskosten und der Auswirkungen der Energiekrise
 Die humanitäre Lage im Gazastreifen, die Notwendigkeit, einen Waffenstillstand zu erreichen, und die Gefahr einer regionalen Eskalation
 Jüngste Inspektionen der Union von Pferdefleisch aus Uruguay und Argentinien – unglaubliche eidesstattliche Erklärungen und unbekanntes Arzneimittelhistorie

Europäischer Gerichtshof

EuGH

- | | |
|------------|--|
| 16.01.2024 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-621/21 – Häusliche Gewalt gegen Frauen aus Drittstaaten (BUL) |
| 16.01.2024 | Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-33/22 – Österreichische Datenschutzbehörde – Nationale Untersuchungsausschüsse und DSGVO (AUT) |
| 16.01.2024 | Mündliche Verhandlung des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-119/23 – Valančius – Auswahl von Richtern für das EuG (LIT) |
| 17.01.2024 | Mündliche Verhandlung des Gerichtshofs in der Rechtssache C-710/22 – JCDecaux Street Furniture Belgium/Kommission – Beihilferecht |
| 17.01.2024 | Mündliche Verhandlung des Gerichtshofs in der Rechtssache C-63/23 – Sagrario – Familienzusammenführung / Aufenthaltsrecht / Minderjährige (ESP) |
| 18.01.2024 | Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-128/21 – Lietuvos notary rūmai u. a. – Sanktionen gegen Präsidiumsmitglieder der Notarkammer (LIT) |

- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-367/21 – Hewlett Packard Development Company – Ansprüche wegen Verletzung von ausschließlichen Rechten an Unionsmarken (POL)
- 18.01.2024 Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-766/21 – Parlament / Axa Assurances Luxembourg u. a. – Versicherungsvertrag / Schaden durch Regenwasser / Gebäude Konrad Adenauer in LUX
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-46/22 – Jenkinson / Rat u. a. – Befristung von Arbeitsverträgen der EU
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-218/22 – Comune di Copertino – Abgeltung nicht genommenen Urlaubs (ITL)
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-227/22 – Regionalna direksia „Avtomobilna administratsia“ Pleven – Körperliche und geistige Tauglichkeit zum Führen von Fahrzeugen (BUL)
- 18.01.2024 Schlussanträge der Generalanwältin in der Rechtssache C-240/22 – Kommission / Intel Corporation – Wettbewerbsrecht
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-303/22 – CROSS Zlín – Nachprüfungsverfahren in Bezug auf öffentliche Liefer- und Bauaufträge (CZR)
- 18.01.2024 Schlussanträge der Generalanwältin in der Rechtssache C-450/22 – Caixabank e.a. – Transparenzkontrolle von Vertragsklauseln und Verbandsklage (ESP)
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-451/22 – RTL Nederland und RTL Nieuws – Offenlegung von Informationen im Zusammenhang mit dem Absturz des Fluges MH 317 in der Ostukraine (NDL)
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-531/22 – Getin Noble Bank e.a. – Missbräuchliche Vertragsklauseln und Zwangsvollstreckung (POL)
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-562/22 – JD – Voraussetzungen für den Eigentumserwerb an landwirtschaftlichen Flächen (BUL)
- 18.01.2024 Schlussanträge der Generalanwältin in der Rechtssache C-601/22 – WWF Österreich u. a. – Wolfsmanagement / FFH-Richtlinie (AUT)

- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-631/22 – Ca Na Negreta – Kündigungsschutz und Berufsunfähigkeit (ESP)
- 18.01.2024 Mündliche Verhandlung des Gerichtshofs in der Rechtssache C-650/22 – FIFA – Spielertransfers / Freigaben / Entschädigung (BEL)
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-656/22 – Askos Properties – Landwirtschaft: Rechtssicherheit und Vertrauensschutz (BUL)
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-785/22 – Eulex Kosovo / SC – Schadenersatzforderung / Befristete Arbeitsverträge als Staatsanwältin
- 18.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-791/22 – Hauptzollamt Braunschweig – Einfuhrumsatzsteuer (DEU)
- 18.01.2024 Mündliche Verhandlung des Gerichtshofs in der Rechtssache C-66/23 – Elliniki Ornithologiki Etaireia u. a. – Vogelschutz / FFH-Richtlinie (GRI)
- 18.01.2024 Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-104/23 – A GmbH & Co. KG – Verbindliche Zolltarifauskunft (DEU)
- 23.01.2024 Mündliche Verhandlung des Gerichtshofs in der Rechtssache C-4/23 – Mirin – Unionsbürgerschaft (Rumänien)
- 24.01.2024 Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C-647/21 und C-648/21 - D. K. (Dessaisissement d'un juge) M.C. und M.F. (Dessaisissement d'un juge) - Grundsätze des Gemeinschaftsrechts (POL)
- 24.01.2024 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-16/23 - FA.RO. di YK & C. - Niederlassungsfreiheit (ITL)
- 25.01.2024 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-159/23 - Sony Computer Entertainment Europe - Geistiges Eigentum (DEU)
- 25.01.2024 Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-810/21, C-811/2, 1C-812/21 und C-813/21 - Caixabank (Prescription de remboursement des frais hypothécaires), Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (Prescription de remboursement des frais hypothécaires), Banco Santander (Prescription de remboursement des frais hypothécaires) und Banco Sabadell (Prescription de remboursement des frais hypothécaires) (EST)

- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-58/22 - Parchetul de pe lângă Curtea de Apel Craiova - Grundsätze des Gemeinschaftsrechts (ROM)
- 25.01.2024 Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-112/22 und C-223/22 - CU (Assistance sociale – Discrimination indirecte) und ND (Assistance sociale – Discrimination indirecte) - Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts (ITL)
- 25.01.2024 Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-160/22 P und C-161/22 P – Kommission / HB (FRA)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-277/22 – Global NRG – Energiepolitik (HUN)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-334/22 - Audi (Support d’emblème sur une calandre) - Geistiges Eigentum (POL)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-334/22 - Audi (Support d’emblème sur une calandre) - Geistiges Eigentum (POL)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-389/22 - Croce Rossa Italiana u. a. - Institutionelles Recht (ITL)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-390/22 - Obshtina Pomorie - Verkehr (BUL)
- 25.01.2024 Schlussanträge in der Rechtssache C-436/22 – ASCEL (Estland)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-438/22 - Em akaunt BG – Wettbewerb (BUL)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-474/22 - Laudamotion (Renoncement à un vol tardif) – Verkehr (DEU)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-481/22 - Kommission / Irland (Trihalométhanes dans l’eau potable) (IRL)
- 25.01.2024 Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-498/22, C-499/22 und C-500/22 - Novo Banco u. a. – Niederlassungsfreiheit (ESP)
- 25.01.2024 Schlussanträge in der Rechtssache C-597/22 P - Kommission / HB (FRA)
- 25.01.2024 Schlussanträge in der Rechtssache C-622/22 - Kommission / Malte (Services de liaison de données aéronautiques) – Verkehr (MTA)

- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-722/22 - Sofiyski gradski sad - Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (BUL)
- 25.01.2024 Schlussanträge in der Rechtssache C-743/22 - DISA - Steuerrecht (ESP)
- 25.01.2024 Schlussanträge in der Rechtssache C-753/22 - Bundesrepublik Deutschland (Effet d'une décision d'octroi du statut de réfugié) - Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (DEU)
- 25.01.2024 Schlussanträge in der Rechtssache C-757/22 - Meta Platforms Ireland (Action représentative) – Rechtsangleichung (DEU)
- 25.01.2024 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-793/22 - Biohemp Concept – Landwirtschaft (Rumänien)
Schlussanträge in der Rechtssache C-27/23 - Hocinx - Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer (FRA)
- 25.01.2024 Urteil in der Rechtssache C-54/23 - Laudamotion und Ryanair – Verkehr (DEU)
- 25.01.2024 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-109/23 - Jemerak - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (DEU)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 26.01.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA